

Gutes Leben im Alter für ALLE



Senior*innenpolitische
Standpunkte

Die Linke

BAG
Senior*innenpolitik



linke60plus.de



@bag.seniorinnenpolitik



bag.seniorinnenpolitik@die-linke.de



Herausgegeben von der BAG Senior*innenpolitik

Redaktion: Sabine Skubsch, Sonja Kemnitz, Frank Loeding, Christine Pastor, Barbara Hesse
Layout/Gestaltung: Saltanat Abduvaliev

V.i.S.d.P.: Sabine Skubsch, Die Linke, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

September 2025

Inhalt

Vorwort	4
Gutes Leben im Alter für ALLE	6
Altersarmut und soziale Spaltung im Alter	9
Solidarische Rentenpolitik	12
Gesundheit und Pflege: eine Versorgungsrevolution ist nötig	17
Wohnen - altersgerecht, barrierefrei und bezahlbar	22
Teilhabe: Mobilität und Infrastruktur	25
Generationensolidarität	28
Wir sind Zeitzeugen	31

Vorwort

Senior*innenpolitische Standpunkte

Kaum ein Tag vergeht mehr, an dem uns Unions-Politiker*innen, Arbeitgeberverbände und sogenannte Expert*innen erzählen wollen, dass die gesetzliche Rente vor dem Kollaps stehe, die junge Generation über Gebühr belastet werde und die alte Generation über ihre Verhältnisse lebe. Und während für Panzer die Milliarden nur so fließen, ist für bezahlbare Wohnungen und gute Gesundheitsversorgung angeblich kein Geld da. Als sozialistische Partei machen wir das nicht mit. Die Rente hat kein Generationenproblem, sie hat ein Gerechtigkeitsproblem: gutverdienende Erwerbstätige zahlen entweder gar nicht ein (z.B. Abgeordnete, Freiberufler*innen, Manager*innen) oder einen zu geringen Anteil ihres Arbeitseinkommens. Wenn alle gleichmäßig einzahlen würden, wäre unsere Rente gerechter und die Finanzprobleme der Rentenversicherung wären beseitigt.

Unser Dank gilt der BAG Senior*innenpolitik, die sich für eine solidarische Gesellschaft stark macht, in der eben nicht Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden. Sie wissen, dass es statt Aufrüstungsspiralen endlich mehr Investitionen in Gesundheit, Wohnraum und in bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr braucht. Damit tragen unsere Senior*innen zu einem solidarischen Miteinander sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft bei. Darauf sind wir stolz.

Die vorliegende Broschüre enthält politische Lösungen für die zentralen Herausforderungen unserer alternden Gesellschaft. Sei es der Pflegenotstand, die zunehmende Altersarmut oder die soziale Isolation im Alter: die Vorschläge unserer BAG Senior*innenpolitik sind durchdacht, tragfähig und vor allem gerecht. Sie setzen bei den individuellen Bedürfnissen und Bedarfen an und formulieren sie als soziale Rechte im Alter: nach barrierefreiem Wohnen, nach sozialer, politischer und kultureller Teilhabe, nach würdevoller und menschlicher Pflege. Sie fordern



eine Revolution der Versorgung: mit einer öffentlichen Investitions-offensive in die medizinische und pflegerische Versorgung und einer so-lidarischen Gesundheits- und Pflegevollversicherung, könnte die Ver-sorgung viel besser und für alle gleich gut sein.

Das verbindende Motto dieser politischen Ansätze ist die Forderung nach einem „Guten Leben im Alter für ALLE“ – und so lautet auch das Credo unserer BAG Senior*innenpolitik. Dem können wir uns als Vor-sitzende der Partei Die Linke nur anschließen. Wir wünschen unserer BAG Senior*innenpolitik viel Kraft, Ausdauer und Geschick, um ihre – und damit auch unsere – senior*innenpolitischen Ziele zu erreichen. Als Vorsitzende und als Partei stehen wir geschlossen hinter diesen Zielen und kämpfen gemeinsam mit unseren Senior*innen für ihre Realisierung. Denn hier gilt wie woanders: Niemals allein, immer zusammen!

Ines Schwerdtner

Jan van Aken

Berlin, September 2025

Gutes Leben im Alter für ALLE

Wir stellen das ganze Leben in den Mittelpunkt unserer Politik. Das bedeutet, für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der man in jedem Lebensabschnitt - ob krank oder erwerbstätig, in der Kindheit, in der Jugend und im Alter - gut leben kann.

Die Möglichkeiten, gesund und aktiv am Leben teilnehmend alt zu werden, sind sozial sehr ungleich verteilt:



Kundgebung Berlin, Oktober 2023

- Menschen, die wenig verdienen oder gezwungen sind, in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten, erhalten später eine niedrige Rente und haben im Schnitt eine geringere Lebenserwartung.
 - Die Benachteiligung von Frauen wird nirgends so deutlich wie beim **Gender Pension Gap**.
- Wer 2024 in Rente ging, erhielt im Durchschnitt weniger Rente als die Rentner*innen früherer Kohorten. Am deutlichsten sind die **Renten in Ostdeutschland** abgesunken. Der Grund liegt bei Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und der Einführung von Minijobs, Befristung und Teilzeit nach der Wende 1990.
 - **Menschen mit Migrationshintergrund** stützen das Rentensystem, sind aber überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen



Ein gutes Leben im Alter – für Alle! Kundgebung Berlin, Oktober 2023

Die Linke ist eine Partei der Generationensolidarität. Statt die Generationen gegeneinander auszuspielen, treten wir für eine gerechte Steuerpolitik ein, die von oben nach unten umverteilt. Dann sind eine gute Rente für alle, ein gutes Gesundheitssystem und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur finanzierbar.

Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus schadet vor allem der jungen Generation. Sie muss in teure private Vorsorge investieren, an der v.a. die Finanzdienstleister verdienen. Und wer sich keine private Vorsorge leisten kann, dem droht Altersarmut.

Dass heute viele Menschen länger gesund, aktiv und autonom sind und die Lebenserwartung zunimmt, ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die bewahrt und ausgebaut werden muss.

Wir setzen auf eine **solidarische Finanzierung von Rente, Pflege und Gesundheit**. Das große Problem der Gesetzlichen Rentenversicherung, der Pflegeversicherung und der Gesetzlichen Krankenversicherung ist die ungerechte Finanzierung. Sehr gut Verdienende und Beamt*innen haben eigene Versorgungssysteme, in die sie verhältnismäßig wenig einzahlen müssen, aber viel bessere Leistungen erhalten. Das wollen wir ändern.

- Wir wollen eine gute Versorgung für alle - im Alter genauso wie wenn man krank oder auf Pflege angewiesen ist.
- Wir wollen eine „Solidarische Erwerbstätigenversicherung“, also ein **öffentliches Renten-Vorsorgesystem**, in dem auch Beamt*innen, Selbstständige und Abgeordnete Pflichtmitglieder sind. (s. Kapitel „Solidarische Rentenpolitik“) Und an dem nicht die Banken verdienen, sondern das im Umlageverfahren finanziert wird.
- Statt dem ungerechten Nebeneinander von gesetzlicher und privater Versicherung wollen wir eine **Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung** einführen. Alle zahlen entsprechend ihres gesamten Einkommens aus Löhnen und Honoraren sowie Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen zum gleichen Prozentsatz ihre Beiträge ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft.

Im Kapitel „**Eine Versorgungsrevolution ist nötig!**“ steht mehr dazu, wie wir uns eine an Menschenwürde und guter Versorgung statt an Profitinteressen ausgerichtete Pflege vorstellen.

Wir setzen uns für **bezahlbares Wohnen** in jeder Lebenslage ein – barrierefrei und an den Bedarfen von älteren Menschen orientiert. (s. Kapitel „Wohnen“)

Da Mobilität auch eine Frage der Kosten ist, treten wir für einen **kostenfreien ÖPNV für Senior*innen** ein.

In der BAG Senior*innenpolitik haben wir uns zusammengeschlossen, um selbstbestimmt unsere Interessen als Ältere zu formulieren und in die politische Auseinandersetzung in der Gesellschaft und in der Partei Die Linke einzubringen.

Eine paternalistische Sozialpolitik wird den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht. Politik soll nicht nur **für** ältere Menschen, sondern **mit** älteren Menschen gestaltet werden.

Wir arbeiten an einem selbstbestimmten Bild von uns Menschen der älteren Generationen. Im Kapitel „**Wir sind Zeitzeugen**“ zeigen wir einen Ausschnitt der vielfältigen Erfahrungen, die unsere Geschichte ausmachen.

Altersarmut und soziale Spaltung

Die soziale Spaltung der Gesellschaft verstärkt sich im Alter.

- Ein niedriger Lohn führt zu einer geringen Rente. Arbeit im Mindestlohn, Zeiten der Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Scheinselbständigkeit oder Teilzeit bedeuten für viele Armut im Alter. Dazu kommt, dass Betriebe, die schlecht bezahlen, meist keine Betriebsrente anbieten. Und wer wenig verdient, kann sich kaum eine private Altersvorsorge leisten.



- Die Möglichkeiten, gesund und aktiv am Leben teilnehmend alt zu werden, sind je nach Einkommen und Bildung sehr ungleich verteilt.

Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in Ostdeutschland sind verstärkt von sozialer Ungleichheit im Alter betroffen.

Gender Pension Gap: weniger Rente für Frauen

Männer erhalten in den alten Bundesländern mindestens die Hälfte mehr Rente, in NRW sind es 75 % mehr, im Saarland fast das Doppelte. Frauen in den alten Bundesländern haben durchschnittlich kürzer in die Rentenversicherung eingezahlt, öfter in Teilzeit gearbeitet und weniger verdient. Frauen waren weniger erwerbstätig als Männer, weil sie Haushalt, Kinder und pflegebedürftige Angehörige zu betreuen hatten. Wie unsere Gesellschaft die geleistete Sorgearbeit bewertet, dokumentiert der Rentenbescheid deutlich: Die Durchschnittsrente der Frauen liegt in den alten Bundesländern zwischen 800 und 1000€,



also unterhalb des Grundsicherungsniveaus. Das hat zur Folge, dass gut jede fünfte Frau über 65 Jahren als armutsgefährdet gilt.

Menschen mit Migrationshintergrund stützen das Rentensystem, sind aber überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen

Die Zuwanderung hat positive Auswirkungen auf die Rentenversicherung. Migrant*innen zahlen Beiträge und sichern so die Rentenansprüche der heutigen und zukünftigen Rentnergenerationen. Gleichzeitig haben Menschen mit Migrationshintergrund oft geringere Rentenansprüche als Menschen ohne Migrationshintergrund. Die sogenannten „Gastarbeiter“, die in den 1950er und 1960er Jahren in die BRD kamen, beziehen niedrige Renten. Das setzt sich auch in der nächsten Generation fort. Die BRD verweigerte den Kindern der Arbeitsmigrant*innen, die bis 1973 im Zuge des sog. Familiennachzugs in die BRD migrierten, gleiche Bildungschancen. Diese „verlorenen Generation“ ist heute besonders von Altersarmut bedroht.

Die Nichtinanspruchnahme zustehender Leistungen aus der Pflegeversicherung oder Grundsicherung ist bei Menschen mit Migrationshintergrund besonders hoch.

Rentner*innen in Ostdeutschland: mangelnde Anerkennung der Lebensleistung und drohende niedrige Renten durch schlechte Löhne und Arbeitslosigkeit

Auch heute ist die Lebensleistung im Osten immer noch nicht gleich viel wert. Jahrzehnte lang wurden die Ostrenten mit einem niedrigeren Rentenwert bemessen und wurden zu einem Symbol der sozialstaatlichen Kluft zwischen Ost und West. Erst 33 Jahre nach der Wiedervereinigung wurden die Rentenwerte Ost und West angeglichen.



Die Renten in den neuen Bundesländern liegen erheblich unter denen im Bundesdurchschnitt. Besonders erschreckend ist, dass diese Kluft zunimmt. Männer, die 2024 in Ostdeutschland in Rente gingen, erhielten fast 200 € weniger Rente als der Durchschnitt früherer Alterskohorten.

Der Grund liegt in den massiven Arbeitsmarktproblemen im Ostdeutschland nach der Wende: Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die sich ausweitende Teilzeitarbeit machen sich deutlich bemerkbar. Der Bruch war für die Frauen nach der Wende besonders groß. Viele verloren ihre Arbeit und sahen sich gezwungen, in den Westen zu gehen.

Wir fordern:

- Eine Erhöhung des Mindestlohns und die Regulierung prekärer Beschäftigung, d.h. Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie Fristverträge, Minijobs und unfreiwillige Teilzeit. Denn Gute Arbeit bedeutet auch Gute Rente.
- Eine Erhöhung der Ausgleichszahlungen (Rentenpunkte) für Erziehungszeiten und häusliche Pflege.
- Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung der Ostgehälter erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heutigen Beschäftigten führen.
- Für Zeiten des Niedriglohns wollen wir generell für alle Beschäftigten eine Hochwertung in der Rente einführen.
- Eine solidarische Mindestrente von 1.400 €.

Solidarische Rentenpolitik

Das Rentenniveau, also das Verhältnis der Renten zu den Löhnen, ist in den vergangenen Jahrzehnten um 20 Prozent gesunken. Mit den sogenannten „Rentenreformen“ wurde das Ziel einer lebensstandardsichernden Rente aufgegeben. Im Jahr 2000 lag die Rente noch bei 53 Prozent, heute liegt sie nur noch 48 Prozent. Trotz aller Stabilisierungsversprechen drohen weitere Absenkungen.

Von der Senkung des Rentenniveaus und der Rente erst ab 67 über die Riester-Rente bis zur Abschaffung der Rentenbeiträge für ALG-II-Beziehende haben CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP die gesetzliche Rente demontiert, um die Arbeitgeber von Beitragszahlungen zu entlasten und den Versicherungskonzernen neue Geschäfte zu ermöglichen.

Im internationalen Vergleich von 22 OECD-Staaten in der Europäischen Union liegt das Rentenniveau Deutschlands mit dem 17. Rang ganz weit unten. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentner*innen von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen. Die Altersarmut hat um über 80 Prozent zugenommen.



- Wer 2024 in Rente gegangen ist, bekommt deutlich weniger als die Durchschnittsrente. Am deutlichsten sank die Rente in den neuen Bundesländern. In Thüringen beispielsweise liegt die Neurente von 1.249 € bei Männern um 192 € unter den Durchschnittsrenten in diesem Bundesland. Der Grund liegt in der Arbeitslosigkeit in der Nachwendzeit und dem niedrigeren Lohnniveau in Ostdeutschland.
- In nahezu allen alten Bundesländern liegt die Durchschnittsrente



von Frauen unter dem Grundsicherungsniveau. Das bedeutet, dass Frauen, die von dieser Rente leben müssen, auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Kürzere Erwerbstätigkeit, häufige Teilzeitjobs wegen Kindererziehung oder Pflege Familienangehöriger und niedrigere Löhne sind die Ursachen.

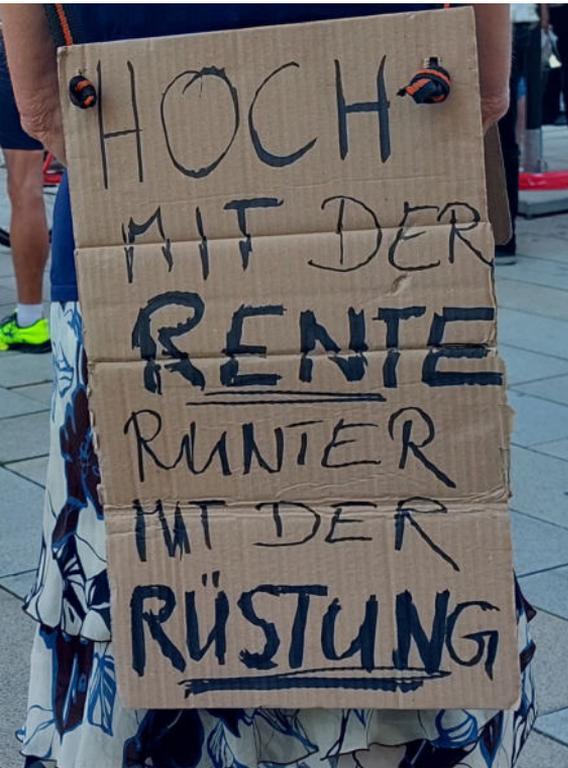
Das muss dringend geändert werden. Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit oder durch Berufsunfähigkeit, Pflegezeiten, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung.

Als die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder vor 25 Jahren die Gesetzliche Rente absenkte, wurde von einem „Drei-Säulen-Modell“ aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge gesprochen. Dieses Modell ist jedoch krachend gescheitert. Es kann die Lücke in der gesetzlichen Rente nicht schließen.

Weniger als ein Drittel der Lohnabhängigen erhalten betriebliche Altersrente. Die staatlich geförderte Riesterrente erwies sich als lukrativ für Finanzkonzerne und teuer für die Einzahlenden. Die um die Jahrtausendwende eingeleiteten Rentenreformen vergrößerten die soziale Kluft unter den Rentner*innen erheblich. Denn wer einen Verdienst im Mindestlohnbereich hat, hat nichts übrig, um in private Vorsorge zu investieren.



Die Meinung und das Wollen der Menschen, die von künftigen Rentenzahlungen abhängig sind, [LAG Senior*innen Brandenburg](#)



wird seit Jahrzehnten durch Politik und Medien nahezu vollständig ignoriert. Stattdessen werden Gesetze gegen die Betroffenen beschlossen.

Seit 1957 werden jährlich sogenannte versicherungsfremde Leistungen aus Mitteln der Deutschen Rentenversicherung bezahlt. Die Summe beläuft sich auf mehr als eine Billion Euro. All diese Ausgaben, z. B. Mütterrenten, sind notwendig und sozialpolitisch sinnvoll, aber sie müssen aus Steuermitteln bezahlt werden.

Wenn neoliberale, sogenannte Rentengutachter behaupten, dass der Staat viel zu viel in die „Rentenkassen“ einzahlt, stellen wir fest: Der Staat zahlt deutlich zu wenig pro Jahr an die deutsche Rentenversicherung.



Stand der LAG Senior*innen im Saarland

Ähnliches passiert auch schon lange mit den Krankenkassen der gesetzlich Versicherten. Kosten wie z. B. die Modernisierung und Ausstattung der Krankenhäuser müssen eigentlich aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Sie werden aber den Krankenkassen der gesetzlich Versicherten aufgebürdet, während die privaten Krankenkassen sich nicht an diesen Kosten beteiligen müssen.

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik:

Unser Ziel ist es, ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen, Altersarmut zu verhindern und die Klassenunterschiede bei der Altersversorgung zu beseitigen.

Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern.

Wir lehnen jede Erhöhung des Rentenalters ab. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss wieder zurückgenommen werden. Sie ist faktisch eine weitere Kürzung der Renten. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ohne zusätzliche Rentenabschläge ermöglichen.

Eine kapitalfinanzierte Rente lehnen wir ab. Wir wollen unsere Rente nicht von Börsenschwankungen und Banken abhängig machen.

Wir fordern eine Rentenreform, die folgenden Kernelemente beinhaltet:

- **Solidarische Erwerbstätigenversicherung**
Aus allen Erwerbseinkommen – auch denen von Selbständigen, Beamt*innen und Politiker*innen - muss der gleiche Prozentsatz in die Rentenkasse eingezahlt werden. Das Prinzip bleibt die Umlagefinanzierung.
- **Abschaffung der Beitragsmessungsgrenze**
Renten werden ab einem bestimmten Schwellenwert nur noch degressiv erhöht, also nach oben hin gedeckelt. Die Ausgleichsfinanzierung der Differenz von Beitragsaufkommen und Rentenleistungen wird aus dem Staatshaushalt finanziert.
- **Anhebung des Rentenniveaus auf 53 %**
- **Solidarische Mindestrente**
Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deswegen müssen niedrige Rente aufgestockt werden. Eine Verhinderung von Altersarmut ist durch Mindestrenten, die stets über der Armutsgefährdungsschwelle liegen, zu garantieren. In Regionen mit hohen Mietspiegeln müssen zusätzliche Wohngeldzuschüsse gezahlt werden.

Diese Reformziele werden von großen Mehrheiten (70 bis 90 Prozent) in Deutschland gewollt. Sie werden aber von den regierenden Parteien seit Jahrzehnten ignoriert.

Perspektivisch treten wir für eine deutliche Anhebung der Rente über ein Niveau von 53 % hinaus ein. Dass dies möglich ist, zeigt das Nachbarland Österreich. Die Arbeitgeber müssen sich dort mehr als paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligen.

Gute Arbeit – Gute Rente

Außerdem ist es nötig, prekäre Beschäftigung, schlechte Löhne und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Denn aus guter Arbeit und guten tariflichen Löhnen ergibt sich auch eine gute Rente.



AG Senior*innenpolitik Hamburg

Gesundheit und Pflege

Eine Versorgungsrevolution ist nötig!

Bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung und gute Pflege sind keine Ware, sondern Menschenrecht. Jede und Jeder muss wohnortnah in guter Qualität und barrierefrei versorgt werden können, unabhängig vom persönlichen Geldbeutel. Krankheit und Pflege dürfen nicht arm machen und keine Profitquelle bleiben.

Die Ungleichbehandlung in der Versorgung nimmt zu. Gesetzlich Versicherte warten nicht nur lange auf Arzttermine, insbesondere bei Fachärzt*innen. Sie finden auch bei Wohnungswechsel immer schwieriger eine*n neue*n Hausarzt/ärztin. Im ländlichen Raum schließen Krankenhäuser und fehlen Facharztangebote. Lange Wege zum Arzt oder Leistungsverzicht sind zunehmend die Folge. Geburtshilfe und lebensrettende Notfallversorgung sind nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Gleichzeitig werden zu viele Behandlungen von Krankenhauskonzernen und Ärzt*innen vor allem deswegen angeboten, weil es sich finanziell lohnt. Privatisierung und Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung erweisen sich zunehmend als ineffizient zulasten der Patient*innen und auch der Beschäftigten.

Wer arm ist, stirbt im Durchschnitt früher, wird häufiger schwer krank oder früher pflegebedürftig. Schuld daran sind auch schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen, prekäre Lebensverhältnisse, eine mangelhafte Förderung von Prävention und gesunden Lebensweisen. Ein schlechter Zugang zu medizinischer Behandlung wirkt für diese Menschen besonders verheerend.

Mehr als 5 Millionen Menschen sind aktuell als pflegebedürftig anerkannt. Der Anteil hochaltriger Menschen mit hohem Pflegebedarf und die Pflegedauer steigt. 9 von 10 Pflegebedürftigen werden unentgeltlich zu Hause von geschätzt 6 Millionen pflegenden Angehörigen ver-

sorgt. Der ökonomische Wert ihrer informellen Pflege beträgt jährlich über **200 Milliarden Euro** – nur berechnet auf Basis des Mindestlohns und gegenüber **Pflegegeldzahlungen von nur 16,2 Milliarden Euro** im Jahr 2023. Viele pflegende Angehörige sind selbst im Rentenalter.



Jedoch haben alle Reformen in der Langzeitpflege nach 2017 die Leistungen noch teurer und oft auch schlechter gemacht. Ursache ist nicht der demografische Wandel, sondern eine Ökonomisierung, die oft zum Profitmachen genutzt wird. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien zahlen häufig mehr als 3.000 € im Monat für einen Heimplatz. Für die Entlastung und eine gesicherte Pflegequalität in der häuslichen Pflege fehlen Angebote wie Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege sowie Rehabilitationsangebote. Beruf und Pflege sind für viele Beschäftigte, die Angehörige betreuen, noch immer nicht gut vereinbar. Und trotz besserer Bezahlung: die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte bleiben gesundheitsschädlich und vermindern die Versorgungsqualität.

Die Versorgung könnte viel besser sein – und für alle gleich gut, wenn wir mit der Profitorientierung brechen und die Versorgung an sozialen und medizinischen Kriterien ausrichten.





Wir wollen:

- Eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Die Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch für Einkommen aus Kapitalerträgen und andere Einkommensarten wie z.B. Mieteinnahmen müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die gesetzliche Krankenversicherung überführt. Dadurch sinkt der Beitrag für die Krankenversicherung.
- Alle medizinisch sinnvollen Leistungen wie Zahnersatz, Brillen und Schmerzmittel werden abgedeckt. Der Konkurrenzkampf zwischen den Kassen entfällt. **Gebühren für Arztbesuche und weitere Zahlungen für Medikamente lehnen wir ab.**
- Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle notwendigen pflegerischen Leistungen abdecken. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden! So werden nicht nur die Familien, sondern auch die Kommunen von den Leistungen der „Hilfe zur Pflege“ entlastet.
- Wir fordern öffentliche Investitionen in die medizinische und pflegerische Infrastruktur. Kommunale Versorgungszentren wollen wir als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden.
- Ein Recht auf analoge Kommunikation für ältere und eingeschränkte Menschen muss verpflichtend gesichert werden.

- Die Leistungen pflegender An- und Zugehöriger müssen auch materiell anerkannt werden. Alle pflegenden Beschäftigten sollen sechs Wochen bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich freigestellt werden, wenn die Pflege erstmalig nötig wird. Der Verlust an Rentenansprüchen aus reduzierter oder aufgegebenener Berufstätigkeit ist vollständig zu kompensieren.
- Pflegende Angehörige sollen besser unterstützt werden! Sie brauchen aufsuchende Beratung und Angebote aus einer Hand. Ihre Leistungen sollen als Arbeit anerkannt und vergütet werden, ohne die Leistungsansprüche der Pflegebedürftigen einzuschränken. Zusätzliche Rentenansprüche aus Pflege Tätigkeit müssen auch Altersrentner*innen erwerben dürfen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollen einen Anspruch auf Urlaub haben.
- Keine Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte in der Pflege! Die „24-Stunden-Betreuung“ ist eine Zumutung für alle Beteiligten. Die prekäre Lage dieser Menschen in ihren Herkunftsländern wird für eine Beschäftigung unter inakzeptablen Bedingungen ausgenutzt. Es braucht endlich eine Regulierung dieser Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungsschutz, gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und Mindestlohn.
- Wir wollen gezielt Gelder für nichtkommerzielle Forschung zu öffentlicher Gesundheit (Public Health), für altersgerechte Arzneimittel und Medikation sowie altersspezifische Versorgungsangebote infolge des Klimawandels bereitstellen.
- Wir lehnen Leistungseinschränkungen und Kontaktverbote wie in der Corona-Pandemie sowie Triageregelungen aus Altersgründen in Kriegs- und Katastrophensituationen ab.





**Der andere
Enkeltrick:**

**So wird gerecht
umverteilt!**

Die Linke

Wohnen

altersgerecht, barrierefrei und bezahlbar

Wohnen ist von existenzieller Bedeutung und daher wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge. Je älter die Menschen werden, umso mehr Zeit verbringen sie in der eigenen Wohnung, die zunehmend zum Lebensmittelpunkt wird. Die Bedeutung des Wohnens und des Wohnumfeldes nehmen somit im Alter zu.

Überall im Land steigt der Bedarf an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum, der eine selbständige und unabhängige Lebensführung bis ins hohe Alter ermöglicht.

Die stetigen Mietpreissteigerungen führen dazu, dass sich viele Senior*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen ihre Wohnungen oder Plätze in Wohneinrichtungen nicht mehr leisten können.

Barrierefreies Bauen und Gestalten, eine Grundvoraussetzung für mehr Sicherheit im Alter, setzt sich insbesondere bei der Wohnungsmoder-

Demonstration „Wer Rentner*innen quält wird nicht gewählt“ am 7.2.2025 in Karlsruhe



nisierung nur zögerlich durch. Mietrecht und Wohnungsbauförderung werden den veränderten Ansprüchen nicht ausreichend gerecht.

Die Privatisierung von Wohneigentum schränkt den Spielraum der Städte und Gemeinden für die Bereitstellung von altersgerechtem Wohnraum ein.

Wir fordern:

- Beim Bau und der Sanierung von Wohnungen muss eine Quote für altersgerechte und barrierefreie Wohnungsangebote festgesetzt werden. Der Fokus ist auf die individuellen Wohnbedürfnisse im Alter sowie auf die Sicherung bezahlbarer Mieten zu richten. Wohnungsanpassung, Umbau in barrierefreie, altersgerechte Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ist mit staatlichen Fördermitteln vorrangig zu unterstützen.
- Die Mietpreisbremse muss dauerhaft entfristet und geschärft werden. Wir brauchen einen wirksamen Schutz gegen Mietwucher, deutlich niedrigere Kappungsgrenzen gegen Mieterhöhungen im Bestand und mehr Schutz vor Eigenbedarfskündigungen nach Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.
- Neue alternative Wohnformen sind durch Bund, Länder und Kommunen zu fördern. Das betrifft generationenübergreifendes Wohnen ebenso wie selbst organisierte Projekte jeglicher Zusammensetzung und neue Genossenschaftsformen.
- Für Menschen über 70 Jahren ist ein Sonderkündigungsschutz und Räumungsverbot im Mietrecht zu regeln. Wohngeld ist in einfacher Form und zeitnah zur Verfügung zu stellen.
- Zur Unterstützung älterer Menschen bei der Wahl künftiger Wohnbedingungen müssen flächendeckend wohnortnahe Beratungsstellen mit gesicherter Finanzierung geschaffen bzw. ausgebaut werden.
- Wohnungstauschbörsen mit Mietpreisbindung je Quadratmeter sind einzuführen.

- Ältere Menschen müssen durch die Erweiterung von Teilnahmsformen mehr Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebens- und Wohnumfeldes erhalten.
- In den Kommunen braucht es wirksamere Instrumentarien, um die unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedingungen (Stadt und Land, Grad der Gesundheit, Einbindung in gemeinschaftliche Strukturen, Verlust von Familienangehörigen, Migrationsgeschichte) konkreter zu erfassen und bei der Planung und Realisierung des altersgerechten Wohnraumes verbindlicher zu berücksichtigen.
- Erhöhte Aufmerksamkeit in der Wohnungspolitik erfordert das betreute Wohnen. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen ist in Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards festzuschreiben, um Mindeststandards zu garantieren und eine Vergleichbarkeit der Angebote zu erreichen. Ein wirksames Mitbestimmungsrecht für die Nutzer*innen solcher Einrichtungen ist zu entwickeln und gesetzlich festzuschreiben.
- Gebraucht werden mehr inklusive Wohngruppen/Unterstützungsangebote für Menschen mit Demenz. Die Leistungs- und Betreuungsangebote sind solidarisch und kritisch zu begleiten.



Teilhabe: Mobilität und Infrastruktur

Die Linke steht für eine demokratische Kultur der Teilhabe und der Gleichberechtigung aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Religion, sexueller Identität und Orientierung, Aufenthaltsstatus, Alter und Gesundheitszustand.

Damit Senior*innen möglichst lange in ihrer selbstgewählten Umgebung in Würde und selbstbestimmt leben können, braucht es eine altersgerechte, soziale Infrastruktur in den Wohnquartieren und auf dem Land. Voraussetzung dafür ist eine ausreichende Finanzierung der Kommunen durch den Bund.

Wir fordern:

- Eine Stadtplanung mit einer wohnortnahen Versorgung mit Lebensmittelläden, Apotheken, und Arztpraxen auf dem Land und in allen Wohnquartieren
- Die Förderung von sozialen Netzwerken und Mehrgenerationen-Begegnungsstätten
- Ausreichend öffentliche, barrierefreie und kostenlose Toiletten

Teilhabe fängt beim Finanziellen an. Wir fordern in allen Bundesländern die Einführung eines landesweiten Sozialpasses mit Ermäßigungen für Bildung, Kultur und Freizeiteinrichtungen. Die Antragsstellung muss unkompliziert sein.

Die Lebensqualität älterer Menschen im ländlichen Raum ist oft besonders eingeschränkt durch den Mangel an Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten, öffentlichen Verkehrsmitteln und kulturellen Einrichtungen. In ländlichen Regionen, in denen die Alterung der Bevölkerung durch die Abwanderung junger Menschen stärker ausgeprägt ist, kommt es verstärkt zu Vereinsamung und sozialer Isolation älterer Menschen. Einsamkeit ist insgesamt ein großes Problem unter Senior*innen. Viele leben allein, Freund*innen und Familienmitglieder sind nicht mehr bei ihnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eingeschränkt.



BAG Senior*innenpolitik, wählt im Mai 2025 in Berlin einen neuen Sprecher*innenrat:
Peter Mundt, Barbara Hesse, Sonja Kemnitz, Sabine Skubsch



Ein Beispiel, der Einsamkeit entgegenzuwirken, ist das Thüringer Landesprogramm „AGATHE - älter werden in Gemeinschaft“, das die Bedürfnisse von älteren Menschen in den Fokus rückt. Jeder und jede kann sich an die AGATHE-Fachkräfte wenden, die über örtliche Strukturen in der Gemeinschaft und Unterstützungsangebote informieren.

Mobilität und seniorengeeignete Verkehrsplanung

Die Teilhabe von Senior*innen scheitert oft an mangelnder Mobilität und für viele fängt die Mobilität beim Preis an. Die Anträge für kommunale Vergünstigungen des ÖPNV stellen für etliche eine unüberwindbare Hürde dar.

Wir fordern: Kostenfreier ÖPNV für Senior*innen

Als Vorstufe unterstützen wir alle Senior*innenrabatte, wie z.B. ein reduziertes Deutschlandticket. Einige Bundesländer wie Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben vorgemacht, dass das geht. Außerdem fordern wir die Einrichtung von Rufbussen, für die das Deutschland-Ticket gilt.

Barrierefreie, seniorengerechte Verkehrsplanung

Senior*innen gehen oft zu Fuß und gehören zu den „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer*innen. Die Verkehrsplanung muss die Fußwege sicherer machen und die Haltestellen barrierefrei umbauen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung kann für ältere Menschen eine Chance zur Teilhabe, aber auch Barriere sein. Wir setzen uns dafür ein, Barrieren abzubauen und die digitale Teilhabe und Kompetenz von Senior*innen zu stärken. Aber weiterhin müssen analoge Möglichkeiten in allen öffentlichen Bereichen (bei Behörden oder beim Fahrscheinkauf) bestehen bleiben, um niemanden auszuschließen.

Wir fordern

- die flächendeckende Ausbildung von Digitalmentor*innen, die ältere Menschen beim Umgang mit Internet, Smartphone und Tablet unterstützen.
- Für jeden Menschen das Recht auf ein digitales Endgerät und einen Zugang zum Internet
- WLAN in Pflegeeinrichtungen

Demokratische Mitwirkung von Senior*innen auf kommunaler und Landesebene

Selbstbestimmtes Leben heißt auch Mitbestimmung. Denn wer, wenn nicht wir selbst, wissen am besten, was wir im Alter und beim Älterwerden brauchen.

Wir begrüßen die Landesseniorenmitwirkungsgesetze in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Thüringen und Hamburg und setzen uns für ähnliche Gesetzesinitiativen in allen Bundesländern ein.

Wir treten für die rechtliche und finanzielle Stärkung der Seniorenvertretungen auf Landes- und kommunaler Ebene ein. Diese sollten in den Kommunalparlamenten ein Vorschlags- und Rederecht in seniorenpolitischen Angelegenheiten erhalten, wie es z.B. in Hamburg durch das Hamburgisches Seniorenmitwirkungsgesetz seit 2012 garantiert wird.



Generationen- solidarität statt Altersdiskriminierung

Statt die weiter steigende Lebenserwartung zu feiern, werden alte Menschen - sofern sie nicht wohlhabend und mächtig sind - mit Begriffen wie „Rentnerschwemme“, „Überalterung“ oder „demografische Zeitbombe“ in Verbindung gebracht.

Schon 2016 wünschten sich 89 Prozent der Befragten einer repräsentativen Umfrage mehr Solidarität zwischen den Generationen. 63 Prozent vermissen gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber älteren Menschen und 65 Prozent meinten, die Jungen würden zu sehr auf sich selbst schauen.*

* <https://www.swisslife.com/de/home/blog/generationensolidaritaet.html>



Diese Stimmungen hat nicht nur die Corona-Pandemie weiter verstärkt. Die aktuelle Politik schürt bewusst Vorurteile, ältere Menschen würden auf Kosten der Jüngeren leben. Die Deformierung des Rentensystems wird mit der Gerechtigkeit für die jüngere Generation begründet. Kürzungen für Bildung, Wissenschaft, Wohnungsbau und im Sozialsystem werden mit zu hohen Ausgaben für ältere Menschen „gerechtfertigt“.

Es gibt jedoch weder DIE Älteren noch DIE Jüngeren. Solche Gruppendefinitionen sind Machtinstrumente und dienen der Ausgrenzung sowie sozialer Spaltung. Die Linke tritt dem konsequent entgegen.

Wie es unter älteren Menschen sehr verschiedene Lebenswege, Erfahrungen und Potenziale gibt, so entwickeln sich auch jüngere Menschen unterschiedlich schnell und auf individuellen Wegen. Die Mehrheit älterer Menschen lebt selbstbestimmt und sozial aktiv – in der Familie, im Ehrenamt und im Beruf, viele lernen dazu oder vermitteln ihr Wissen. Erst später wächst der Unterstützungsbedarf oder wird abhängige Hilfe nötig. Zugleich wächst Armut auch in allen Gruppen der Älteren rasant und schränkt diese Teilhabemöglichkeiten ein.

Viele jüngere Menschen machen jedoch ähnliche Erfahrungen. Ihre Startmöglichkeiten in ein sozial erfülltes Leben verschlechtern sich, Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten wachsen ihnen ohne reiche Eltern über den Kopf. Wohnungsmangel und hohe Mieten belasten sie nicht weniger stark als ältere Menschen.

Die kapitalistische Logik setzt sich eben auch in vorherrschenden Alterserzählungen fort. Rentner*innen werden wie noch nicht verwertbare Kinder und Jugendliche meist als Kostenfaktor und als Last beschrieben: als Menschen, die nicht oder zu wenig arbeiten. Wir fordern Selbstbestimmung statt Entmündigung. Wir wollen eine Politik, die junge wie ältere Menschen befähigt, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben führen zu können.

Wir wollen:

- Ein Verbot jeglicher Diskriminierung aus Altersgründen – für jüngere wie für ältere Menschen – und eine entsprechende Regelung im Artikel 3 des Grundgesetzes (sowie öffentliche Kampagnen gegen stigmatisierende und ausgrenzende Altersbilder)

- Eine generationengerechte Politik, die den jeweils besonderen altersbedingten Bedarfen aller Generationen gerecht wird: im Beruf, in der Gesundheitsversorgung, in der Wohnungs- und Mietenpolitik sowie im Verkehrswesen
- Öffentliche Investitionen in generationenübergreifende Angebote zur Teilhabe wie z.B. kommunale Sorgezentren mit Beratungs- und Versorgungsleistungen aus einer Hand von der Kita bis zur Pflege
- Ein kostenfreies Auszubildenden-, Studierenden- und Senior*innen-ticket für den öffentlichen Nahverkehr
- Eine aktive Unterstützung der Initiative zur Verabschiedung einer UN-Konvention über die Rechte älterer Menschen durch die Bundesregierung



Wir sind Zeitzeugen

I. Die 68iger sind jetzt 68 (und älter)

Wir waren dabei, als Karfreitag den 12. April 1968 Tausende bundesweit versuchten, die Auslieferung der BILD-Zeitung zu verhindern, nachdem am Vortag in Westberlin Rudi Dutschke angeschossen wurde, nachdem die Springerpresse übel gegen die Studenten und außerparlamentarische Bewegung gehetzt hatte. Wir waren dabei am 11. Mai 1968 im Bonner Hofgarten als mehr als 70 000 Menschen gegen die von der Großen Koalition geplanten und dann durchgesetzten Notstandsgesetze demonstrierten.

Wir waren auch dabei, als am 6. November 1968 in Hamburg erstmals Lehrlinge auf die Straße gingen und sich eine eigenständige Lehlingsbewegung herausbildete, die letztlich ein ungenügendes, aber dennoch erstmaliges Berufsbildungsgesetz erreichte.

Wir machten mit, bei den zahlreichen Demonstrationen gegen den Krieg des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk. Wir verhinderten 1969 mit vielen fortschrittlichen Kräften den Einzug der NPD in den Deutschen Bundestag.

Wir waren dabei, als sich in den 1980-iger Jahren die große Friedensbewegung gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik herausbildete, als sich am 10. Oktober 1981 mehr als 300 000 Menschen im Bonner Hofgarten zur größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik einfanden. Wir waren dabei, als sich Hunderttausende in den Stadien der Bundesrepublik bei »Künstler für den Frieden« engagierten.

Wir halfen mit, als die DGB-Gewerkschaften (zunächst IG-Druck & Papier sowie IG Metall) in den 80iger Jahren den Einstieg in die 35-Stunden-Arbeitswoche erkämpften. Wir waren dabei in den Betrieben und



in den Unterstützungskomitees. Wir halfen mit, dass der von Clara Zetkin ins Leben gerufene Internationale Frauentag auch in der Bundesrepublik bekannt wurde und manches an Frauenrechten durchgesetzt werden konnte.

Wir sind Zeitzeugen.

Nach diesen Erfahrungen ist klar, dass wir uns auch im fortgeschrittenen Alter nicht mit den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen

abfinden. Diese Generation von Senior*innen ist nicht mehr mit Kaffeefahrten ruhig zu stellen. Wir kämpfen heute gegen Altersarmut und Bevormundung älterer Menschen. Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Auch im Alter gilt: Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt.

(Gerald Kemski-Lilleike, Hamburg)

II. Wir waren dabei als 1949 die DDR gegründet wurde und jubelten Wilhelm Pieck zu.

Wir waren dabei als Industrie und Landwirtschaft von Kriegsschäden befreit wurden und der Neuaufbau begann, den wir in zahlreichen Einsätzen unterstützten.

Wir waren dabei, als uns zahlreiche Bildungschancen geboten wurden, deren Elemente bis heute gültig sind.

Wir waren dabei und begriffen proletarischen Internationalismus in unserem Kampf für die Freilassung von Nelson Mandela und Angela Davis. Deutsch-sowjetische Freundschaft war uns Herzenssache.

Wir waren dabei und warben für eine moderne Landwirtschaft in Form von LPGen.

Wir waren dabei als ein gigantisches Wohnungsbauprogramm verwirklicht wurde.

Nachdrücklich sei betont, dass unser Lebenswerk noch weitaus umfangreicher war.

Wir machten Fehler, erkannten Gesetzmäßigkeiten nicht. Fremd verursachte Störungen ließen den Sozialismusversuch scheitern.

Wir sind Zeitzeugen und der nächsten Generation verpflichtet.

Wir Senior*innen haben das 20. Jahrhundert bewusst erlebt und aktiv mitgestaltet. Die Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der BRD ist weiterhin notwendig und berührt unser eigenes Leben.

Wir fühlen uns deshalb verpflichtet, als Zeitzeugen linke Antworten auf unsere Vergangenheit zu geben.

Wir wissen, dass Zeitberichte nur die subjektive Sicht wiedergeben können, in ihrer Gesamtheit bilden sie jedoch eine Art kollektives Gedächtnis, das für die nachfolgende Generation nicht verloren gehen darf.

(Gisela Damm, Potsdam)





III. Ich wurde als Tochter einer alevitisch-kurdischen Familie in Ankara, Türkei, geboren.

Wir lebten in einem sogenannten Gecekondu, einer ärmlichen Siedlung am Rande der Stadt. Diese Stadtteile entstanden, weil viele Menschen aus anatolischen Regionen aufgrund wirtschaftlicher Not und politischer Unsicherheit in die Hauptstadt zogen. Dort lebten sie wieder unter sich – gemeinsam, aber gesellschaftlich isoliert.

Als sich die wirtschaftliche und politische Lage in der Türkei weiter verschärfte, entschloss sich mein Vater, nach Deutschland zu gehen – zunächst nur für fünf Jahre, um dort zu arbeiten. Bei seiner zweiten Einreise holte er dann auch uns, seine Familie, nach. Ich kam direkt in die erste Klasse, ohne ein einziges Wort Deutsch zu sprechen. Anfangs verstand ich nichts, war im Unterricht völlig überfordert. Dennoch ging ich gerne zur Schule – sie war der einzige Ort, an dem ich mit deutschen Kindern in Kontakt kam.

Doch während ich lernen durfte, war mir das soziale Leben verwehrt. Geburtstagsfeiern, Ausflüge oder Klassenfahrten – ich durfte nie teilnehmen. Wenn ich meine Eltern darum bat, reagierten sie meist mit Beschimpfungen. Mein Vater war überzeugt: „Wenn man seine Tochter bis zum 16. Lebensjahr verheiratet, ist alles gut. Wenn nicht, wird sie zum Problem.“ Ich wurde – aus seiner Sicht – tatsächlich zum Problemfall, denn er hatte es versäumt, mich rechtzeitig zu verheiraten. Das

versuchten sie später mit einer Zwangsheirat nachzuholen. Ich wurde mit 21 Jahren nach Istanbul gelockt und mit einem Mann verheiratet, den ich überhaupt nicht kannte.

Als ich mich heimlich an einer weiterführenden Schule anmeldete, reagierte mein Vater mit Drohungen und Gewalt. Erst unsere Nachbarn konnten ihn schließlich davon überzeugen, dass Bildung mir nicht schaden würde. So durfte ich zumindest die mittlere Reife machen.

In der Schule – und später auch im Berufsleben – war ich immer die „Andere“. Wenn ich für kurze Momente vergaß, dass ich nicht zu dieser Gesellschaft gehöre, wurde ich durch rassistische Bemerkungen schnell wieder daran erinnert. Im Job musste ich doppelt so viel leisten, um überhaupt ein wenig Anerkennung zu bekommen. Das tat weh.

Am schlimmsten war die Zeit in der Pubertät. Ich konnte mit den zunehmenden Angriffen auf „Ausländer“ nicht umgehen und litt stark unter der Ausgrenzung. Egal ob in der Schule, im Alltag oder in der Arbeitswelt – wir wurden oft pauschal für gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht.

Das Schlimmste für mich war jedoch das Gefühl, nirgends dazuzugehören. In Deutschland war ich die „Ausländerin“, in der mir zugeschriebenen „Heimat“ war ich die „Almanci“. Ich fühlte – und fühle mich oft noch heute – heimatlos, wie ein „Blatt im Wind“, haltlos und entwurzelt.

Ich habe immer bedauert, dass ich nie die Chance hatte zu studieren – damit blieb mir die Verwirklichung meines Lebenstraums verwehrt.

Als alleinerziehende Mutter fühlte ich mich oft zerrissen zwischen den Anforderungen des Berufslebens und der Verantwortung für meine beiden Kinder. Nach acht Stunden Arbeit begann zuhause der zweite Job: erziehen, zuhören, trösten, organisieren – ohne Pause, ohne Ausgleich. Ich hetzte von Termin zu Termin, versuchte allem gerecht zu werden und blieb dabei selbst oft völlig auf der Strecke.

Als alevitische Kurdin war ich politisiert, noch bevor ich politisch denken konnte. In meinem Umfeld wuchsen viele mit linken Idealen auf – dadurch versuchte ich auch meine eigene Lebensrealität politisch zu verstehen. So kam ich zur Partei Die Linke.

(Aynur Karlikli, Stuttgart)

**Wir stellen das ganze Leben in den
Mittelpunkt unserer Politik.
Das bedeutet, für eine Gesellschaft zu
kämpfen, in der man in jedem Lebens-
abschnitt - ob krank oder erwerbs-
tätig, in der Kindheit, in der Jugend
und im Alter - gut leben kann.**

Die Linke

BAG
Senior*innenpolitik